

Anja Sieber Egger, Krieg im Frieden. Frauen in Bosnien-Herzegowina und ihr Umgang mit der Vergangenheit, Bielefeld (transcript Verlag), 2011.

Über 15 Jahre nach Unterzeichnung des Abkommens von Dayton erscheint mit Anja Sieber Eggers Buch eine empirische Studie über die neu errichtete soziale Welt und das gesellschaftliche Zusammenleben in Bosnien und Herzegowina nach dem Krieg von 1992–1995. Die Studie basiert auf Forschungsaufenthalten in den Jahren 2005 und 2006 im Ort Prijedor in der Republika Srpska, einer der beiden Entitäten Bosnien und Herzegowinas und befasst sich insbesondere mit der Neuverhandlung von gesellschaftlichen Grenzen und Differenzen zwischen einem „Wir“ und „den Anderen“. Die sozialen Kategorien Gender, Ethnizität und Zugehörigkeit sowie die sich daraus ergebenden Opfer- und Täterrelationen werden auf ihre Bedeutung für das gesellschaftliche Gefüge der Nachkriegszeit untersucht. Das Erkenntnisinteresse der Untersuchung konzentriert sich auf die Sichtweisen und Biografien von Frauen sowie ihre Deutungen von Kriegserfahrung und -erinnerung. Der Fokus auf die Erfahrungen von Frauen wird mit ihren weithin angenommenen vermittelnden Rollen in freundschaftlichen und nachbarschaftlichen Beziehungen in der Zeit vor dem Krieg sowie ihren passiven Opferrollen im Krieg begründet, die sie zu Schlüsselfiguren für die interethnische Versöhnung machen. Beide Rollen werden durch die Studie kritisch hinterfragt. Doch nicht nur die Auswirkungen des sogenannten vergeschlechtlichten Krieges interessieren die Autorin, sondern auch die des ethnischen Konflikts und der damit verbundenen Instrumentalisierung von Zugehörigkeiten auf das Zusammenleben der Menschen in der Nachkriegszeit.

Im ersten Teil der Arbeit gibt die Autorin einen umfassenden Einstieg in die methodischen, theoretischen und historischen Grundlagen ihrer Untersuchung. Es werden zwei unterschiedliche Methoden – die sozialanthropologische Netzwerkanalyse und das biografisch-narrative Interview – miteinander kombiniert. Zum einen soll so die Sozialstruktur der Interviewpartnerinnen analytisch und theoretisch erfasst und zum anderen die Le-

bensbedingungen der Frauen vor, in und nach dem Krieg vertieft betrachtet werden. Die methodischen Ansätze werden hauptsächlich mit zwei theoretischen Überlegungen verknüpft, namentlich mit der Habitus- und Kapitaltheorie Pierre Bourdieus sowie dem Konzept der Zugehörigkeiten, einem Ansatz, der Zugehörigkeiten etwa zu Ethnizität, Klasse oder Geschlecht nicht einzeln, sondern erst in ihrer Überschneidung wirksam werden lässt. Die Autorin geht im ersten Kapitel gesondert auf die Sinnhaftigkeit der Kombination der zwei verschiedenen Methoden ein und thematisiert auch die praktischen Hürden einer solchen Methodenkombination. Darüber hinaus gibt sie im zweiten Kapitel eine punktuelle Übersicht zur Geschichte der Region und der nationalen Diskurse, angefangen bei der Betrachtung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bis hin zum Krieg (am Beispiel des bosnischen Ortes Prijedor), wobei sie sich auf die Herausbildung spezifischer ethnoreligiöser Zugehörigkeiten und des Geschlechterverhältnisses zu Zeiten des sozialistischen Jugoslawien und während des Krieges konzentriert. Schließlich geht die Autorin auf die Strukturprobleme der Nachkriegszeit durch das Abkommen von Dayton und die Rückkehrmigration ein und behandelt kurz das Konzept der Versöhnung, das sie als Prozess begreift.

Im zweiten Teil der Arbeit beschreibt die Autorin detailliert ihr Vorgehen bei der Auswahl der Gesprächspartnerinnen sowie deren Charakteristika. Durch die Differenziertheit der Interviewgruppe soll ein möglichst breites Bild des Untersuchungsgegenstands gewonnen werden. Sie problematisiert dabei die Grenzen des angewandten Schneeballprinzips. So konnte zum Beispiel keine statistische Repräsentativität bosniakischer und serbischer Frauen hergestellt werden. Dies wirkt sich jedoch nach Meinung der Autorin nicht negativ auf die angestrebte Ermittlung unterschiedlichster Umgangsweisen mit den Geschehnissen der Vergangenheit aus. Im Anschluss richtet sich der Fokus auf die Bezugspersonen der befragten Frauen. Analysiert wird die Rolle ihrer sozialen Netzwerke für die bosnische Gesellschaft. Hier stehen sich insbesondere mit den zurückgekehrten Flüchtlingen und den vor Ort Gebliebenen Gruppen gegenüber, die vom Krieg

unterschiedlich betroffen waren. Das Sozialkapital der Nachkriegsgesellschaft hat der Autorin zufolge ein Integrationspotenzial, das einerseits eine inkludierende, ethnoreligiöse Grenzen überbrückende Wirkung hat, andererseits aber eine exkludierende Wirkung aufweist, die die Versöhnung behindern kann. Untersucht wird im weiteren Verlauf, welche Arten von Sozialkapital sich für die Integration und Versöhnung in der bosnischen Nachkriegsgesellschaft günstiger erweisen: lose Netzwerke, die besser über ethnische Grenzen hinweg funktionieren, oder enge Netzwerke, die durch ein hohes Maß an Solidarität und Vertrauen geprägt sind. Die Autorin kommt zu dem Schluss, dass das Sozialkapital schon zur Vorkriegszeit von starken und solidarischen Verwandtschaftsbeziehungen geprägt war. Diese engen und homogenen Netzwerke verstärkten sich im Krieg noch weiter und bestimmen auch in der Nachkriegszeit das soziale Kapital. Diese Aussage wird aber sogleich abgemildert, indem auf die offenbar nicht minder zentrale Rolle von Freunden und Nachbarn als Unterstützungspersonen für die befragten Frauen hingewiesen wird. Auch wird die Geschlechterzusammensetzung der Netzwerke thematisiert, die nicht-verwandte Frauen wie zum Beispiel Nachbarinnen in den Fokus der Alltagsbewältigung rückt. Weibliche Netzwerke stellen also nach Interpretation der Autorin eine Möglichkeit dar, über die Verwandtschaft hinausgehende Beziehungen aufzunehmen und so stärker zum Versöhnungsprozess beizutragen. Auch die geografische Verteilung des sozialen Kapitals spielt hier eine wichtige Rolle. Ob die Unterstützung eher von außerhalb des Wohnorts, wie bei den Bosniakinnen, oder aus lokalen Beziehungen, wie bei den Serbinnen, bezogen wird, beeinflusst auch die Möglichkeit zur Annäherung der durch den Krieg getrennten gesellschaftlichen Gruppen. Darüber hinaus wirkt sich auch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe in der Täter-Opfer-Beziehung negativ auf eine Annäherung aus, da die einen mehr und die anderen weniger an der Aufklärung der Vergangenheit interessiert sind.

Im sich anschließenden größten Abschnitt der Studie folgt die Fallbeschreibung und -analyse anhand der Rekonstruktion von fünf Fallgeschichten. Die

Fälle umfassen ausführliche Biografien der befragten Frauen und zeichnen genaue Bilder ihrer Netzwerke vor und nach dem Krieg. Die Autorin problematisiert die Schwierigkeiten der Interpretation, des Umgangs mit dem Datenmaterial und der Machtverhältnisse zwischen Schreibendem und Beschriebenem und hält fest, dass ihre Darlegung interpretativ ist und sie selbst ihren Forschungsgegenstand nicht repräsentiert.

Im dritten und letzten Teil der Arbeit resümiert die Autorin die wichtigsten Punkte der fünf untersuchten Fälle und zeigt auf, dass sich sowohl individuelle Darstellungen als auch verallgemeinerbare Erinnerungs- und Umgangsmuster herausarbeiten lassen. Sie stellt fest, dass die befragten Frauen in Parallelwelten gefangen scheinen und mit ihrer Argumentation den Krieg auch in Zeiten des Friedens weiterführen. Drei Zugehörigkeitsmomente bestimmen diese soziale Spaltung: ethnische Zugehörigkeit, Kriegs- und Migrationserfahrungen sowie Viktimisierung. Die Sinndeutungen der herausgearbeiteten verallgemeinerbaren Erinnerungsmuster werden schließlich unter Bezugnahme auf diese verschiedenen Zugehörigkeitspraktiken diskutiert. Darauf aufbauend werden im letzten Abschnitt die verschiedenen Arten der Erinnerung und des Umgangs mit der Vergangenheit betrachtet.

Die durch das Abkommen von Dayton vorgeschriebene Errichtung einer pluralistischen Gesellschaft in Bosnien und Herzegowina wird vor Ort als ein von außen auferlegter Zustand in einer Gesellschaft begriffen, die faktisch geteilt ist. Die Untersuchung Anja Sieber Eggers zur Organisation des alltäglichen Zusammenlebens nach dem bosnischen Bürgerkrieg auf Grundlage einer Befragung von Frauen stellt eine gesellschaftliche Segregation fest, die kaum überraschend sein dürfte. Interessant an der Studie sind der Gender-Aspekt und die Feststellung einer nicht nur von außen zugeschriebenen, sondern tatsächlich von den Frauen angenommenen weiblichen Opferidentität, die es ihnen erschwert, eine versöhnende Rolle einzunehmen. Die Autorin beschränkt sich in ihrer Schlussfolgerung zu den Fällen leider auf pauschale Forderungen nach Verfassungsreformen und weniger polarisierten Diskursen im politischen Raum. Auch fordert sie die Auf-

lösung der Gleichsetzung von ethnischer Zugehörigkeit zu Opfer- und Tätergruppe, kommt dagegen aber nicht auf Strategien zu sprechen, die einen Beitrag zur Überwindung der ethnoreligiösen Segregation in Bosnien und Herzegowina nach dem Krieg leisten könnten. So bleibt die Studie eine deskriptive Momentaufnahme ergreifender, interessanter und vielseitiger Biografien von fünf Frauen aus der Kleinstadt Prijedor unter Verwendung einer innovativen Methode, die sich auch für andere Fallstudien anbietet.

Fränze Wilhelm

Emir Suljagić, Ethnic Cleansing: Politics, Policy, Violence: Serb Ethnic Cleansing Campaign in former Yugoslavia, Baden-Baden (Nomos), 2010.

The term “ethnic cleansing” gained international prominence and was employed in the 1990s to describe the ethnically motivated violence in former Yugoslavia (p. 14), more specifically the brutal treatment of Bosnians in Bosnia and Herzegovina, ethnic Serbs in Croatia and ethnic Albanians in Kosovo. Despite the widespread use of this term, it is nevertheless quite difficult to determine its precise meaning. Rather than trying to capture the notion of “ethnic cleansing” in all of its complexity, this dissertation attempts to analyse “ethnic cleansing” as a policy used by Serbian elites to pursue the idea of a new, greater Serbia, on the ruins of former Yugoslavia. The author analyses ethnic cleansing campaigns conducted in Bosnia and Herzegovina, Croatia and Kosovo, and argues that they were all part of the same political platform. According to him, the central idea of this platform was the building of a new (national) state.

The first chapters of the dissertation give a valuable insight on the historical background of the ideological development of a Serb state grounded on nationalist ideas. The goal was to fuel national mobilization and this was achieved by emphasizing the responsibility of Serbia as a mother-state to protect its minorities that “required” protection (p. 74). The author further explains the mechanisms Serbian political elites used to convince the co-existing community that ethnic cleansing was the only option. The specific actions

taken to implement such policy included the employment or, to put it in the author’s words, “kidnapping of state resources”, in order to accomplish such a costly project. The author Emir Suljagić portrays these actions as a sort of *coup d’état* that occurred on three different levels: municipal, regional or republic.

Suljagić further analyses what constitutes the practise of ethnic cleansing, identifying four building blocks. First, the *deportation/resettlement* that is, due to its nature and character, named a *differentia specifica* of ethnic cleansing (p. 110). It is characterized by various circumstances that affect the dynamics and the results of forcible removal of a population, as well as different violent activities of both removing the victims physically and destroying them economically. This is where the second element of ethnic cleansing is introduced: *murder/killing* is used by the perpetrators as a terrorizing tactic and a tool to convince the victims to flee and never come back. The third element are the *concentration/detention camps* as an instrumental part of ethnic cleansing used to attack the group on its moral front. The final component of ethnic cleansing is the *concealment/destruction of evidence*, which aims to ensure the impunity of the perpetrators and, more importantly, deny that the victim community ever lived in a certain area and was ever forcefully removed.

The final chapters of the dissertation are dedicated to the striking intimacy of ethnic cleansing as a contribution of ordinary people that took part in horrific crimes. Suljagić identifies Crisis Staffs as institutions that set apart the Serb ethnic cleansing from any other case in history. Their most important characteristic was the totality of control they had of all aspects of life in their communities (p. 215). It is these Crisis Staffs that offered different ways for ordinary people to participate in ethnic cleansing. The author argues that criminal acts of ordinary people start in the political support that later translates into actual support and/or participation in ethnic cleansing (p. 233). Suljagić further analyses the political support of Slobodan Milošević’s Socialist Party of Serbia (SPS) from December 1992 to September 2000 that allegedly proves the popular support for the idea of a common state

for all Serbs (p. 234). It is here that the author shows a lack of understanding for political processes happening in Serbia, the mother-state of the perpetrators. While the political support for the regime is not questionable at the beginning of the conflict in Bosnia and Herzegovina and Croatia, this argument has no value in the case of Kosovo, as can be proven by the following.

Soon after signing of the Dayton Peace Agreement, Milošević tried to portray himself as a peacekeeper and a stabilizing factor in the Balkans. It is this new political platform that was used in an attempt to win the support of the people and not the idea of a greater Serbia. However, in the following years Milošević only managed to stay in power by committing election fraud and through open terror and dictatorship. The elections that followed were far from fair and transparent. The government was charged of election fraud and was forced to confess because of the internal social unrest and external pressure. The democratic opposition took over power in all larger cities in Serbia. It was clear that Milošević's SPS and other affiliated parties were rapidly losing support to their democratic opponents. In 1997 the Democratic Party (DS) organized a boycott of the elections and claimed that the necessary 50% voter turnout was not reached; however, Milošević's regime claimed that the turnout was over 56%. If the end of the 1990's were the years marked by the ethnic cleansing campaign in Kosovo, it is safe to say that this was the time of "cleansing of freedoms" in Serbia. Milošević's dictatorship reached its peak through forcefully enacted university and media laws. The voices of the people were silenced once the state of emergency was declared due to NATO's humanitarian intervention as an answer to the conflict in Kosovo. This clearly shows that the fact that Milošević was in power doesn't mean that he was supported by the people. Despite these facts, Suljagić bases his argument of indirect political support for ethnic cleansing on the premises of popular support for the parties that promoted the idea of a common state for all Serbs, when in fact the regime did not have the support of the majority of the population and at that time was not promoting the idea of a greater Serbia.

Throughout the dissertation the author supports his arguments with different testimonies before the International Criminal Tribunal for Yugoslavia (ICTY). This approach is most striking when analysing the contribution of ordinary people to the ethnic cleansing campaign. On various occasions Suljagić stresses the enthusiasm and willingness of ordinary Serbs to take part in the crimes. As he points out, Serb ethnic cleansing was based on the assumption that a large majority of ordinary Serbs would betray their friends, neighbours and co-workers (p. 258). While this was undoubtedly the case on many occasions, one can question the overall willingness and enthusiasm to participate in the crimes. To what extent were the people actually forced to participate under either direct threat or indirect pressure of the circumstances and how rare were the efforts of individual Serbs to help the victims that were their friends, neighbours and co-workers? Keeping these few issues in mind, one can without any doubt use this dissertation as a resourceful study on the essence of ethnic cleansing in former Yugoslavia and beyond.

Natalija Miletić

**Johannes M. Becker, Herbert Wulf (Hg.):
Afghanistan: Ein Krieg in der Sackgasse;
Lit Verlag, Berlin 2010.**

Mitten hinein in die sich festsetzende Desillusionierung des zeitgenössischen Interventionismus widmet sich dieser Band dem Stabilisierungsprojekt in Afghanistan. Der Fokus liegt dabei auf der Sackgasse, als die der Krieg – das definierende Merkmal des westlichen Engagements am Hindukusch – identifiziert wird. Wie dies bei Sammelbänden nicht unüblich ist, soviel vorweg, stellt sich dieser Fokus gleichzeitig als Stärke und Schwäche des Bandes heraus.

Die Herausgeber Johannes Becker und Herbert Wulf geben in der Einleitung gleich eine Diagnose vor, die durch die Beiträge substantiiert werden soll: Es herrsche eine himmelschreiende Diskrepanz zwischen der Situation in Afghanistan, die sich „von Woche zu Woche“ (S. 16) verschlechtere, und den politischen Konzepten, wie dieser Abwärtsspirale aus Gewalt und Gegengewalt zu begegnen sei: „Die Afghanistanpolitik ist gescheitert.

Die Doppelstrategie militärischer Intervention von außen und ziviler Aufbau innen ist misslungen; denn die Kampfhandlungen führen zu immer stärkerer Ablehnung bei der Bevölkerung. [...] Eine Lösung für das Land wird es mit sozial-technologischem ‚Machbarkeitswahn‘ militärischer Eingriffe, komplementiert mit massiven Entwicklungshilfeprogrammen, nicht geben“ (S. 20).

Es folgen dann mitunter etwas dahergeschriebene Beiträge, darunter Martin Barakis Versuch, die Ursprünge des Konflikts historisch herzuleiten. Dies ist nicht falsch, aber die Unterstützung für die islamistischen Kräfte durch westliche Staaten und ihre Geheimdienste sowie ihre Aufwertung durch westliche Politiker, denen die Mujaheddin als Freiheitskämpfer gegen einen expandierenden Sowjetimperialismus galten, ist eher nicht ursächlich für die innerafghanischen Konflikte. Die Darstellung gerät so zu einem Pamphlet, das die Kontingenz westlicher (und, im Umkehrschluss, auch sowjetischer) Politik gegenüber Afghanistan leugnet. Herausgeber Becker thematisiert die wirtschaftlichen Zusammenhänge von Kriegskosten und Kriegsökonomie, bleibt dabei aber wenig rezeptiv für das politische Wechselspiel, in das diese – für sich genommen noch nicht recht aussagekräftigen – Phänomene eingebettet sind. Norman Paech verhandelt die völkerrechtliche Problematik, dass der Einsatz Operation Enduring Freedom (OEF), von den USA als Selbstverteidigungsmission und Kampfeinsatz verstanden, mit der sicherheitsratsmandatierten International Security Assistance Force (ISAF) aber nur schwer kompatibel, gleichwohl in der Praxis kaum mehr unterscheidbar sei. Am Beispiel des Bombardements zweier Tanklastzüge im Herbst 2009, veranlasst durch die Bundeswehr, zeigt er, wie rechtliche Normen, beispielsweise niedergelegt im Völkerstrafgesetzbuch, mit Entschädigungsansprüchen von Opfern kollidieren können.

Im zweiten Teil, der ‚Militärische Strategien und Ziele‘ betitelt ist, ist Jürgen Wagners Beitrag hervorzuheben, der klarsichtig die intrinsischen Triebkräfte der westlichen Politik darlegt. Er weist darauf hin, dass die Logiken westlicher Sicherheitspolitik, in der Energie- und Handelsinteressen mit normativen Zielsetzungen verflochten sind, die Probleme

konsequent ausblenden, die genau diese Politik mitverursacht. Da der operative Aspekt von Stabilisierungsmaßnahmen so prägend ist, geraten Aufstandsbe-kämpfung und Management von Risiken handlungsleitend, statt Ursachen anzugehen. Dass entwicklungspolitische Maßnahmen vor diesem Hintergrund zur Unterstützung militärischer Ziele verkommen, erscheint so betrachtet nicht nur bedauerlich, sondern vor allem als zwangsläufig. Dass schließlich die politische Planung in Gremien wie der NATO erfolge, katapultiert die sogenannten *overseas contingency operations* endgültig und unwiderruflich in die Sphäre des Militärischen: Dass „zivile Außenpolitik-instrumente zunehmend auf die Optimierung militärischer Interessensdurchsetzung reduziert werden“ (S. 114) ist eine Tendenz, die dazu führt, dass Widerstand auch immer mehr als militärisches und weniger als politisches Problem begriffen wird. Wer sich westlicher Politik nicht einfach unterordnen mag, wird gemäß dieser Logik niedergekämpft, ein politischer Ausgleich steht auch gedanklich nicht mehr zur Verfügung.

Im herausragenden Kapitel zum zivilen Aufbau thematisiert Thomas Gebauer, Geschäftsführer von *medico international*, die von Wagner angerissene Verschmelzung entwicklungspolitischen und militärischen Handelns aus der praktischen Sicht von Nichtregierungsorganisationen. Auch er sieht diese als Funktion des Unwillens oder eines Mangels an Fähigkeit, die Konflikte in der Weltgesellschaft als Auswirkungen von Globalisierungs- und kapitalistischen Dynamiken zu behandeln. Entwicklung soll so immer der Sicherheit dienen, die „wehrhafte Absicherung von globalem Unrecht als Grundlage partikularer Interessen“ (S. 150) dominiert alle Politikbereiche. Er weist darauf hin, dass die Doktrin der zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC) nicht darauf abziele, dass Militär entwicklungspolitisch tätig werde, sondern primär der *force protection*, also dem Schutz militärischer Einsatzkräfte dienen soll, indem ein positives Umfeld aus erschließbaren Informationsquellen durch kooperationsbereite Bevölkerungsschichten und zivilen Organisationen geschaffen wird. Langfristigkeit, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit der durchgeführten Maßnahmen rutschen deshalb

auf der Prioritätenliste nach unten ab, weil schnelle Erfolge ausschlaggebend für die Zustimmung oder Ablehnung der betroffenen Bevölkerung sind. Insgesamt seien gerade die Hilfsorganisationen gefordert, darauf zu drängen, dass Politik nicht weiter militarisiert, sondern Konflikte re-politisiert würden.

Mitherausgeber Wulf arbeitet im folgenden Beitrag die westlichen Kriterien heraus, die dem Konzept des Staatsaufbaus zugrunde liegen. Das unauflösbare Dilemma, dass staatliche Institutionen, sollen sie tragen, gesellschaftlich verankert werden müssen, just dies aber durch die Internationalisierung des Aufbauprozesses durch Berater und extern abgestimmte Konzepte verhindert wird, identifiziert er als grundsätzliches Strukturproblem. Lobenswert veranschaulicht er die ineinander verflochtenen Probleme und differenziert sie schlüssig als ‚Fußabdruck‘-, als Zeit-, als Partizipations-, als Abhängigkeits- sowie als Kohärenzdilemmata. Wie deutlich die Handschrift der externen Akteure sein soll, wie schnell sie Wirkungen erzielen müssen, wer daran beteiligt wird und welche Beziehungen sich zwischen Gebern und Empfängern bilden sowie letztlich die Abstimmung politischer Ziele, um Reibungsverluste zu minimieren, sind letztlich nicht auflösbare Fragen. Dies führt er zur klarsichtigen Analyse der Entwicklungsarbeit zusammen, die zugleich zuviel und an der falschen Stelle stattfindet: Zu geringe Kapazitäten beim afghanischen Staat, das Geld aufzunehmen und entwicklungspolitisch sinnvoll einzusetzen, und die Neigung bei den Gebern, Projekte zugunsten schneller Erfolge selbst durchzuführen – obendrein begünstige die Privatisierung von Sicherheit, wo doch ein Gewaltmonopol aufgebaut werden soll, Ineffizienz und Korruption und schaffe Frustrationen auf allen Seiten.

Den wohl interessantesten, wenngleich erklärtermaßen nichtwissenschaftlichen Beitrag liefert Nicole Birtsch, die aus ihrer Perspektive als Leiterin der Abteilung Friedensstudien an der Kabuler Universität berichtet. Sie beschreibt die Friedensarbeit als nichtlineare und kontingente Transformation sozialer Beziehungsstrukturen. Gerade darin kann die Universität, die als neutraler Raum zum politischen Austausch angesehen wird, einen Beitrag leisten, um in den Jahren des Kon-

flikts etablierte Kommunikationsmuster zu überwinden. Zeitzeugeninterviews, die das Kriegsgeschehen thematisieren können, hätten sich dabei als geeignet erwiesen, sich mit der gewaltgeladenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Ihre Rolle schätzt Birtsch dabei als Katalysator ein, durch den auf der Basis von Respekt ein Austausch entstehen kann, dessen Ziel und Tempo jedoch nur bedingt von außen beeinflusst werden sollte: „Die Studenten und Studentinnen sind selbst aufgerufen, sich ihr Lebensumfeld genauer anzuschauen, Ideen und Erfahrungen aus anderen Ländern und Kontexten kreativ auf Afghanistan zu übertragen und zu überlegen, welchen Beitrag sie [...] zum Friedensprozess leisten können“ (S. 190). Diese Art von Agency ist es, die andere Projekte so häufig den lokalen Akteuren vorenthalten. Gleichzeitig gibt Birtsch einen Einblick in die emotionale Belastung, die ein hoch militarisiertes Arbeitsumfeld bedeutet und schließt mit dem Appell, statt schneller Konzepte auf Entschleunigung und strategische Friedensarbeit zu setzen. Deren Wirkung kann vielleicht nie überprüft werden, sie wäre aber umso besser in der sozialen Wirklichkeit verankert. Angesichts der revolutionären Umwälzungen in der arabischen Welt könnte diese Sicht, die lokalen Akteuren Eigenverantwortung und die Gestaltungsfähigkeit sozialer Zusammenhänge zubilligt und zutraut, statt ganze Gesellschaften aufgrund von Gewaltphänomenen zu pathologisieren, weiter führen als vorgefertigte Unterstützungskonzepte.

Florian P. Kühn

Tatjana Reiber, Demokratieförderung und Friedenskonsolidierung: Die Nachkriegsgesellschaften von Guatemala, El Salvador und Nicaragua, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften), 2009.

Im Fokus der Dissertation von Tatjana Reiber steht die Frage, inwieweit externe Demokratieförderung zur Friedenskonsolidierung nach Bürgerkriegen beitragen kann.

Dabei konzentriert sie sich auf das *Was*, die inhaltliche Zielsetzung der Demokratieförderung, und dabei insbesondere auf die Förderung von Institutionen des Interessensausgleichs; aber auch auf

das *Wie*, die Angemessenheit der Instrumente zur Demokratieförderung. Damit werden sowohl die Instrumente der Demokratieförderung spezifiziert als auch der Kontext berücksichtigt.

Im ersten theoretischen Teil analysiert die Autorin stimmig den Zusammenhang zwischen Demokratieförderung und Friedenskonsolidierung: Demokratieförderung ist ein politisches Element der Friedenskonsolidierung. Demokratieförderung kann jedoch auch zu Gewalt führen, da Machtstrukturen angetastet und Veränderungen gefördert werden. Die Bedeutung von funktionierenden Institutionen des Interessenausgleichs als ein wesentliches Merkmal der Demokratie, insbesondere für Nachkriegsgesellschaften, wird betont. Die Forschungsarbeit wird dabei in Beziehung zu den aktuellen Ansätzen des Peacebuildings gesetzt: Direkt nach Ende von Kriegshandlungen kommt es zunächst auf die Stabilisierung der Sicherheitslage an; Institutionenaufbau und Förderung der Zivilgesellschaft gewinnen langfristig an Bedeutung. Zu früh auf Liberalisierung zu setzen, kann kontraproduktiv sein.

Als Fallstudien wurden die drei zentralamerikanischen Nachkriegsgesellschaften Guatemala, El Salvador und Nicaragua ausgewählt, zum einen, da die Vereinten Nationen hier zum ersten Mal eine liberale Peacebuilding-Strategie angewendet haben und zum anderen wegen der guten Vergleichbarkeit aufgrund kultureller und historischer Ähnlichkeiten.

In der Analyse zeigt sich die Komplexität der Friedenskonsolidierung und des Einflusses externer Akteure. Differenziert und pointiert zeigt die Autorin, dass die Friedenskonsolidierung in El Salvador und Nicaragua nach einigen Rückschlägen weitgehend erfolgreich war, in Guatemala dagegen hat sich eine Kriegsökonomie mit starken Veto-Akteuren verfestigt. Militär, Agraroligarchie, aber auch die „hidden groups“, die organisierte Kriminalität, beeinflussen die Politik des Landes und profitieren von der herrschenden Straflosigkeit und schwachen Institutionen. Die Kosten-Nutzen-Kalkulation dieser Blockadekräfte ist durch externe Akteure kaum zu beeinflussen, keine günstigen Ausgangsbedingungen für die Friedenskonsolidierung. Auch ein angemessenes Instrumentarium zur Demokratieförderung ist nur schwer zu

finden. Trotzdem war das Mandat der Vereinten Nationen in Guatemala eines der umfassendsten in der Region.

In El Salvador konnten die Instrumente zur Friedenskonsolidierung, vor allem Konditionalität und soziale Einflussnahme, aufgrund des Ansehens der Vereinten Nationen im Land gezielt genutzt werden. Hervorzuheben sind die Verifikation der Umsetzung der Abkommen durch die Vereinten Nationen und ihre Mediatorenrolle. Auch die Schaffung und Stärkung der Institutionen des Interessenausgleichs waren von Bedeutung, jedoch lässt sich der Beitrag der externen Demokratieförderung dazu nicht nachweisen.

In Nicaragua ist eines der Kerndefizite der externen Akteure, dass sie nicht die Notwendigkeit erkannten, die *Contras*, die Gruppierung, die der Regierung im Bürgerkrieg gegenüberstand, dabei zu unterstützen sich in eine politische Partei umzuwandeln. Die Autorin mindert diese Kritik jedoch mit einem Blick auf den Kontext: Die *Contras* waren eine äußerst heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Zielsetzungen, was die Möglichkeit erschwerte diese als politische Partei zu organisieren. Als eine wichtige Ursache des vorläufigen Scheiterns der Friedenskonsolidierung und des erneuten Gewaltausbruchs in Nicaragua werden die verfehlten sozio-ökonomischen Reintegrationsmaßnahmen der Regierung herausgearbeitet. Zuzustimmen ist der Kritik der Autorin am Liberalization-First-Ansatz, da die Auflagen der Weltbank zur wirtschaftlichen Liberalisierung die mit den Vereinten Nationen vereinbarte Entschädigung der Kombattanten erschwerte und den Konflikt verschärfte. Internationale Organisationen sendeten somit gegenteilige Signale.

Schlussfolgerung der Arbeit ist, dass Defizite in der Demokratieförderung die Friedenskonsolidierung schwächen, der Umkehrschluss konnte jedoch nicht gezogen werden. Der Autorin ist zuzustimmen, dass Friedenskonsolidierung vor allem ein innerstaatliches Problem ist und externe Demokratieförderung nicht zwangsläufig Veränderungsprozesse und Interessenausgleich anstößt und effektiv sein muss. Dies zeigen z.B. die schwachen Justizinstitutionen in El Salvador und Guatemala. Darum ist es besonders wichtig, den Kontext zu berücksichtigen sowie

die Angemessenheit der Instrumente zu analysieren. Trotz der schwierigen Kontextbedingungen wurden aber in Guatemala die geeigneten Instrumente kaum genutzt. In Nicaragua lag die fehlende Angemessenheit darin begründet, dass nicht an der zentralen Problemursache angesetzt wurde und internationale Akteure bevorzugt eine Bürgerkriegspartei, die *Contras*, unterstützten.

Die Einbeziehung dritter Faktoren in die Analyse ermöglicht zwar differenzierte Erklärungen, die sonst sehr strukturierte und schematisch aufgebaute Arbeit wird hierdurch jedoch durchbrochen und die Erklärungskraft der Hypothesen aufgeweicht. Durch die regionale Fokussierung der Arbeit wird zudem die Generalisierbarkeit der Hypothesen geschwächt. Die Autorin geht auf dieses Problem ein und verweist auf die Kontextgebundenheit der Instrumente: Es gibt keine *One Size Fits All*-Lösung.

Die Arbeit stellt einen wertvollen analytischen Beitrag zur systematischen und konzeptionellen Erklärung der Wirksamkeit externer Demokratieförderung dar. Bisherige Studien beschränkten sich eher auf Teilkomponenten, wie die Menschenrechte. Gleichzeitig beleuchtet sie kritisch die Grenzen der externen Einflussnahme. Sie richtet sich aber auch an die Praxis: Der Kontext und die jeweiligen Konfliktursachen sollten genau analysiert werden, um entscheiden zu können, ob auf Demokratieförderung als primäres Mittel gesetzt werden soll.

Wünschenswert wäre gewesen, stärker die eigene Agenda der externen Akteure herauszuarbeiten, da diese entscheidend die Erfolgsaussichten des Eingreifens in die komplexen Konsolidierungsprozesse einer Gesellschaft beeinflussen.

Maren Kraushaar

Klaus Dingwerth/Michael Blauberger/Christian Schneider, Postnationale Demokratie: Eine Einführung am Beispiel von EU, WTO und UNO, Wiesbaden (VS, Verlag für Sozialwissenschaften), 2011.

Im Zuge der Globalisierung werden politische Entscheidungen immer öfter auf internationaler Ebene getroffen. Dadurch ist die Bedeutung internationaler Organisationen gestiegen. Als internationale politische Entscheidungsgremien neh-

men sie gleichermaßen Einfluss auf Staaten und Bürger. Im Gegensatz zu nationalen demokratischen Regierungen mit direkter oder parlamentarischer Kontrolle sind ihre Entscheidungen aber kaum an den Willen der Bürger gebunden. Diese Entwicklungen sind zunehmend zum Gegenstand der wissenschaftlichen Diskussion geworden und finden ihren Ausdruck in dem Begriff „postnationale Demokratie“. Kernelemente der Diskussion sind vor allem unterschiedliche Auffassungen darüber, inwieweit und auf welche Weise internationale Organisationen einen Beitrag zum internationalen politischen System leisten (können) sowie die Klage, dass es ihnen in Bezug auf ihre Entscheidungsgewalt an demokratisch legitimierten Strukturen mangelt.

Für Laien ist es oftmals schwer und zeitaufwändig, sich Kenntnisse über die Zusammenhänge in diesem Bereich anzueignen. Daher wollen die Autoren mit ihrem Buch einen lesbaren und umfassenden Einstieg in die Thematik der postnationalen Demokratie geben. Das Buch richtet sich vor allem an zukünftige „Multiplikatoren in der politischen Bildung“ (S. 14), also Studierende der Politik- und Sozialwissenschaften (einschließlich angehende Journalistinnen und Journalisten) sowie Lehrerinnen und Lehrer, die sich grundlegende bzw. fachspezifische Kenntnisse zum Thema postnationale Demokratie sowie zur Struktur und Funktionsweise von internationalen Organisationen – wie etwa die Europäische Union (EU), die Welthandelsorganisation (WTO) und die Vereinten Nationen (VN) – aneignen möchten.

Das Buch ist in drei Abschnitte unterteilt, die sich aus jeweils ein bis drei Kapiteln zusammensetzen. Um einen Einstieg in die komplexe Thematik zu ermöglichen, wird in den ersten drei Kapiteln zunächst eine theoretische und praxisbezogene Einführung in die grundlegenden Begriffe und Theorien demokratischen Regierens auf internationaler Ebene sowie ein Überblick über die wichtigsten Beiträge aus der (Fach-)Diskussion in Bezug auf solche Probleme wie das Fehlen demokratischer Legitimation gegeben. Im zweiten Abschnitt wird die Problematik praxisorientiert am Beispiel der Funktions- und Handlungsweisen der EU, der WTO und der VN näher erläutert, ihre demokratischen Strukturen bzw. ihr Demokratie-

bedarf und ihre Demokratiequalität mit Hilfe von Beiträgen aus öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen ermittelt sowie aktuelle Lösungsansätze und eingeleitete Reformen vergleichend gegenübergestellt. Für diese Untersuchungen verwenden die Autoren einen dreidimensionalen Analyserahmen: Die erste Dimension umfasst die Kategorie Partizipation der Betroffenen (Reichweite und Qualität); die zweite Dimension die der demokratischen Kontrolle, im Sinne von Transparenz und Garantiemechanismen politischer Verantwortlichkeit (Rechen-schaft); die dritte Dimension konzentriert sich auf die diskursive Qualität von Meinungs- und Willensbildung.

Der letzte Abschnitt befasst sich mit den Möglichkeiten und Grenzen postnationaler Demokratie. Deutlich wird hierbei vor allem, dass die Organisationen sich in ihrer Funktion zwar grundsätzlich unterscheiden, ihre Probleme aber ähnlich sind und sich deshalb ähnliche Lösungen in Bezug auf die Erhöhung der demokratischen Legitimität ihres Regierens anbieten. Im direkten Vergleich zueinander wird der EU der höchste Demokratiebedarf und zugleich bei vielen Entscheidungsabläufen das größte Demokratiedefizit attestiert, während Bedarf und Defizit bei den VN am niedrigsten eingestuft werden. Mit dem Europäischen Parlament besitzt die EU jedoch eine Institution, die durch hohe Legitimation und Partizipation gekennzeichnet ist. Bei den VN ist insbesondere die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure wie etwa NGOs eine wichtige Tradition und bildet die Grundlage weiterer Legitimationsbestrebungen. Alle drei in dem Buch behandelten Institutionen bemühen sich um eine Erhöhung der Transparenz bei der Entscheidungsfindung. Auch hier ist die EU, als supranationale Organisation mit staatsähnlichem Aufbau (u.a. Gewaltenteilung) am weitesten fortgeschritten. Im zweiten Teil des dritten Kapitels gehen die Autoren der Frage nach, welche weiteren Maßnahmen nötig sind, um internationales Regieren auf breiterer demokratischer Basis zu ermöglichen. Hier wird vor allem deutlich, dass ohne eine entsprechende aktive Vorbereitung durch nationale Politiken die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für ein höheres staatliches und bürger-

liches Engagement nicht geschaffen werden können.

Die Autoren lösen ihren Anspruch ein, grundlegende und fachspezifische Kenntnisse zu der Kernthematik „postnationale Demokratie“ zu vermitteln. Das Buch gibt einen guten Überblick über aktuelle Fragen und Diskussionen und stellt ausgewählte wissenschaftliche Beiträge kritisch reflektiert gegenüber. Kurze, informative Abschnitte bringen das Wesentliche zur jeweiligen Thematik verständlich auf den Punkt. Trotz der Eigenständigkeit der einzelnen Kapitel ist insgesamt ein roter Faden zu erkennen. Das Buch führt von einer Einführung in die Grundlagen des internationalen politischen Systems über Praxisbeispiele und der Diskussion zu der Frage, ob die ausgewählten internationalen Organisationen dem Demokratieanspruch, der an sie gestellt wird, gerecht werden können, hin zu einem Ausblick auf die weitere Entwicklung demokratischen postnationalen Regierens.

Neben der sinnvollen Gestaltung und Ausführung der einzelnen Kapitel bietet das Buch eine Reihe von Annehmlichkeiten, die den Zugang auch zu den komplexeren Themenbereichen erleichtern. Durch Anmerkungen und Informationen in den Fußnoten wird die reine Wissensvermittlung im Haupttext aufgelockert und werden anregende Zusatzinformationen, wie z.B. Verweise auf weiterführende Literatur bzw. Quellen, angeboten. Mit Hilfe von Abbildungen und Tabellen werden Zwischenergebnisse anschaulich zusammengefasst. Zusätzlich bieten Zwischenüberschriften am Seitenrand sowie Zusammenfassungen und Schlussfolgerungen am jeweiligen Abschnittsende eine schnelle Orientierung für die Leserinnen und Leser. Zudem werden zu Beginn zwei Lesarten in Abhängigkeit vom individuellen Wissensstand des Lesers vorgeschlagen: eine ausführlichere und eine gekürzte. Für Fortgeschrittene ist die zweite Lesart ein sinnvolles und zeitsparendes Angebot.

Das Buch ist insgesamt ein sehr gelungenes und sorgfältig durchdachtes Lehrbuch, das sowohl Einsteigern als auch Fortgeschrittenen auf didaktisch sinnvolle Weise grundlegende Kenntnisse der Thematik vermittelt. Die ausgewählten Beispiele aus der Praxis zeigen sehr anschaulich die zuvor ausführlich

erläuterten grundlegenden Strukturen, Funktionsweisen und Probleme postnationaler Demokratie auf. Der einzige Wertmispfänger ist der Verzicht auf die Verwendung der aktuellen Nummerierung der Vertragsartikel nach dem Vertrag von Lissabon im Abschnitt zur Europäischen Union. Auch wenn zum Zeitpunkt der Entstehung des Buches, wie die Autoren selbst betonen, der Vertrag noch nicht in Kraft war und zentrale Änderungen nur kurzfristig eingearbeitet werden konnten (Fußnote 29 S. 76), wäre dies eine wünschenswerte Ergänzung gewesen.

Hannah Schöberle

Robert Neumann, Sir Basil Zaharoff. Der König der Waffen. Mit einem Vorwort von Anne Maximiliane Jäger-Gogoll und Johannes Maria Becker, Frankfurt (Wunderkammer Verlag), 2011

Im Frühjahr 2011 bombardieren französische Kampfflugzeuge des Typs Rafale militärische Ziele in Libyen. Wenige Monate zuvor noch hatte sich der französische Präsident Sarkozy dafür stark gemacht, Muammar al-Gaddafi eben diese Flugzeuge zu verkaufen. Jetzt treffen sie Artilleriestellungen, die von italienischen Rüstungsfirmen bestückt wurden. Bei einer Waffenmesse im November 2010 im libyschen Tripolis stellten mehr als 100 Firmen aus aller Welt ihre Kriegsgeräte aus – auch russische, chinesische und vor allem viele britische Firmen waren dort vertreten, und deutsche Elektronik unterstützt den an der Macht klebenden Ghaddafi, sich der Angriffe der Rebellen zu erwehren. Deutsche Leopardpanzer sollen jetzt das reaktionäre Königshaus in Saudi Arabien stabilisieren helfen.

Robert Neumanns Buch über den Waffenhändler Sir Basil Zaharoff ist durchaus aktuell, obwohl es bereits 1934 zum ersten Mal erschien. Neumann, ein in Wien geborener Jude, schrieb die Zaharoff-Biografie, um Licht in die damals nicht sehr transparenten Ströme des Waffenhandels zu bringen. Er selbst spricht von einem „biografischen Indizienprozess“ (S. 26) und bedient sich detektivischer Methoden („meine literarische Detektivarbeit“, S. 77). Denn Sir Basil Zaharoff, der auch die Namen Sohar und Zohar führte und sich selbst aktiv darum bemühte, seine Herkunft aus Mugla oder Istanbul in der Türkei oder aus Odessa möglichst

zu verschleiern, blieb lange der Mann im Dunkeln – „l’Homme Mystérieux de l’Europe“ (S. 33), um sich dann später, als erfolgreicher Waffenhändler zu betätigen und als einer der damals reichsten Männer der Welt seinen Ruf als Philanthrop aufzubessern.

In dem lesenwerten Vorwort von A. M. Jäger-Gogoll und J. M. Becker wird auch erwähnt, dass sich Sir Basil Zaharoff erfolgreich darum bemühte, die Publikation des Buches von Neumann zunächst in Großbritannien zu verhindern. Erst nach dem Tode Zaharoffs wagte ein britischer Verlag, das Manuskript zu veröffentlichen.

Im Laufe seines Lebens entwickelte Zaharoff drei Geschäftsprinzipien, wie es im Vorwort heißt (S. 14). Erstens, und besonders erfolgreich, bietet Zaharoff seine Waffen den Kontrahenten auf beiden Seiten an. Als die militärisch großen Mächte im Zentrum Europas zögerten, das Ende des 19. Jahrhunderts neu entwickelte U-Boot zu kaufen, wandte Zaharoff sich an die Regierung in Athen und verkaufte ihnen ein solches Boot. Das veranlasste die Türkei, um im griechisch-türkischen Konflikt nicht zu unterliegen, gleich zwei dieser neuen Waffensysteme bei Zaharoff zu ordern. Dies wiederum schien den Russen so bedrohlich, dass sie vier neue U-Boote bestellten. Diesem erfolgreichen Prinzip der gegeneinander gerichteten Aufrüstung, von Neumann als „frisch-fröhliches Bewaffnen von Freund und Feind“ (S. 113) beschrieben, half Zaharoff kräftig nach, indem er passende Gerüchte und Presseberichte lancierte. Um das „Doppelbewaffnungsprinzip“ (S. 139) wirksam werden zu lassen und zu verfeinern, schürte Zaharoff den Nationalismus, ob im alten Europa oder in Südamerika. Die Artilleriegeschütze, die deutsche Artilleristen 1915 an den Dardanellen gegen die Engländer einsetzten, waren von Zaharoff aus England geliefert worden. „Auch ein englisches Kriegsschiff stieß bei der Gelegenheit auf eine türkische Mine und ging in die Luft, die Mine war ‚made in England‘“ (S. 181).

Das zweite Geschäftsprinzip, bis heute in der Rüstungsindustrie und im Waffenhandel weit verbreitet, ist Korruption. Obwohl auch andere Firmen die potenziellen Kunden mit „Geschenken“ überhäufte, schaffte Zaharoff es immer wieder, große Aufträge zu ergattern. „Der

Umstand, dass Vickers [die britische Firma Zaharoffs] das Geschäft macht, obwohl er teurer liefert“, (S. 163/64) ist für Neumann nicht mehr rätselhaft, nachdem er die Geschäftspraktiken Zaharoffs akribisch recherchiert hat.

Schließlich geht es beim dritten Zaharoff’schen Geschäftsprinzip, das bis heute ebenfalls weit verbreitet ist, um die Schaffung von Bedrohungsszenarien. In französischen Zeitungen erschienen 1910 Berichte über den massenhaften Ankauf von Maschinengewehren durch Deutschland. Da konnte das französische Militär nicht nachstehen und kaufte ebenfalls. Von Zaharoff kontrollierte Zeitungen schürten die Angst vor den Deutschen. Um in Frankreich verkaufen zu können, bemühte sich Zaharoff um einen französischen Pass. Um diesen zu erhalten, unterstützte Zaharoff pädagogische und wissenschaftliche Einrichtungen. Dies bescherte ihm nicht nur den Ruf eines Philanthropen, sondern ebenso Titel, Ehrenzeichen und Orden. Und das nicht nur in Frankreich, sondern auch in vielen anderen Ländern.

Wer sich den Geschäften Zaharoffs verweigerte, hatte darunter zu leiden. 1912 wurde Zaharoff aus einer Beteiligung an einer russischen Werft herausgedrängt. „Er rächt sich, indem er sich das Monopol für den Bau der türkischen Flotte verschafft – und schüchtert damit die Russen so sehr ein, dass sie ihm sofort das Monopol für alle russischen Artilleriebestellungen geben! Das ist Meisterarbeit...“ (S. 164).

Das Buch Robert Neumanns ist ein engagiertes und kritisches Buch, das eine Neuauflage verdient hatte; denn es beschreibt den Waffenhandel zur Zeit vor und während des Ersten Weltkriegs sehr plastisch am Werdegang des „Königs der Waffen“, Sir Basil Zaharoff. Die Aktivitäten der damaligen „Händler des Todes“ führten 1936 zu einer Resolution des Völkerbundes für ein Verbot des privaten Waffenhandels. Doch wie man an den aktuellen Ereignissen, ob in Libyen oder anderen Ländern des Nahen Ostens, sehen kann, hat die staatliche Kontrolle über den Waffenhandel nicht zu einer generellen Veränderung von gegeneinander gerichteter Aufrüstung, von Korruption im Rüstungshandel oder der Beschwörung von Bedrohungsszenarien geführt. Neumanns Publikation ist le-

senswert und – obwohl bereits vor rund 75 Jahren geschrieben – äußerst aktuell und erhellend.

Herbert Wulf

Robin Geiss/Anna Petrig, Piracy and Armed Robbery at Sea. The Legal Framework for Counter-Piracy Operations in Somalia and the Gulf of Aden. Oxford (Oxford University Press), 2011

Während Soldaten der Bundeswehr am Hindukusch Deutschland verteidigen, ist seit geraumer Zeit die deutsche Marine zum Schutz der deutschen Wirtschafts- und Handelsinteressen im Golf von Aden aktiv. Dem Phänomen der Piraterie und den verschiedenen Marineeinsätzen widmet sich der erste Abschnitt des Buchs. Als Teil der EU-Mission Atalanta und in Kooperation mit der NATO „*Operation Ocean Shield*“, der US-amerikanischen *Combined Task Force 151* und weiteren Seestreitkräften aus China, Russland, Indien, Malaysia, Korea, Saudi Arabien, Iran und Jemen unterstützen deutsche Marineeinheiten den vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen geforderten und geförderten Kampf gegen somalische Seeräuber. Schätzungsweise fünfzig Prozent aller Fälle von Seeräuberei gehen auf das Konto der sich schnell professionalisierenden somalischen Freibeuter, die ihren Aktionsradius in den letzten Jahren rapide ausgeweitet haben und auch 1000 Seemeilen von der somalischen Küste entfernt und unter Einsatz schwerer, unter das 1992 erlassene UN-Embargo für Somalia fallenden, Waffen eine Lebensader des Welthandels bedrohen. Die mangelnde Kontrolle der somalischen Interimsregierung über die Küste und somalische Hoheitsgewässer, die Bereitschaft der Schiffseigner hohe Lösegeldsummen zu zahlen, die anfangs erfolgte Freilassung mutmaßlicher Piraten und die Tatsache, dass die Angreifer durch den Einsatz von sogenannten Mutterschiffen stets flexibel und unberechenbar sind, macht das kriminelle Phänomen, das oft unter dem Schlagwort Piraterie firmiert, zu einer ernsthaften Herausforderung für eine globalisierte Wirtschaftswelt und zu einem bedeutenden Risiko für Schiffsbesatzungen aus aller Welt. Die Autoren stellen zudem treffend fest: „*Piracy is not Somalia's biggest problem. Yet, piracy is*

symptomatic of Somalia's biggest problems [...]“ (S. 225). Die breite Zustimmung zur Entsendung von Marineeinheiten in den Golf von Aden überschattet zudem die Tatsache, dass sich die Anti-Piraterie-einsätze auch rechtlich in gefährlichen Gewässern abspielen. Die rechtlichen Unsicherheiten, Unklarheiten und Fehleinschätzungen untersucht diese äußerst detaillierte, instruktive und lesenswerte Arbeit. Die Autoren widmen sich zwei zentralen Thematiken: Der dritte Teil des Buchs setzt sich mit der Frage auseinander, über welche Befugnisse die Marineeinheiten bei der Bekämpfung verfügen und welchen (menschenrechtlichen) Bindungen sie dabei unterliegen. Der vierte Teil widmet sich der strafrechtlichen Aufarbeitung möglicher freibeuterischer Akte und den Implikationen einer internationalen Kooperation.

Der auf den ersten Blick zentrale Normenkomplex im Hinblick auf die Tätigkeit der internationalen Marineverbände besteht aus den Artikeln 100 bis 107 der UN-Seerechtsübereinkommen von 1982 (SRÜ). Die Artikel sind weitestgehend identisch mit den Kernaussagen der Genfer Seerechtskonvention von 1958 und der *Harvard Draft Convention* von 1932 und sind im Rahmen der Debatten zum SRÜ kaum thematisiert, sogar fast als anachronistisch gestrichen worden. Das große Manko des SRÜ im Hinblick auf die Problematik im Golf von Aden ist, dass das Übereinkommen nur von Piraterie spricht und Akte der Piraterie ausschließlich auf Hoher See, nicht aber in den Hoheitsgewässern von Staaten (zwölf Seemeilen vor der Küste) verortet. Auch erlaubt das SRÜ kein Vorgehen gegen mutmaßliche Piraten, wenn diese sich nicht auf einem Piratenschiff oder dem gekaperten Schiff befinden oder wenn diese mit dem Schiff in die Hoheitsgewässer eines Staates fliehen. Die Autoren stellen zudem fest, dass das SRÜ nicht *en detail* festlegt, wann ein Schiff als verdächtig anzusehen ist und wann der Einsatz von Gewalt als *Ultima Ratio* gerechtfertigt ist. Angesichts der Lückenhaftigkeit des SRÜ im Hinblick auf die Befugnisse der Marine wurde der UN-Sicherheitsrat zu einer situationspezifischen Ergänzung per Resolution genötigt, was, so die Autoren, einem generellen Trend in seerechtlichen Ausnahmesituationen entspricht. *In concreto*

erlaubte der UN-Sicherheitsrat in den Resolutionen 1846 und 1897 den Marineeinheiten sowohl gegen Akte innerhalb der Hoheitsgewässer, oft als bewaffnete Raubüberfälle auf See bezeichnet, vorzugehen als auch in den Hoheitsgewässern Somalias aktiv Piraten zu bekämpfen. In Resolution 1851 wurden die Befugnisse noch erweitert, sodass theoretisch auch Maßnahmen auf somalischem Festland durch internationale Truppen durchgeführt werden dürften.

Inwiefern die Marineeinheiten bei der Pirateriebekämpfung und insbesondere zur Ermöglichung eines Zugriffs auf Schiff und Personen an menschenrechtliche Vorgaben oder gar solche des humanitären Völkerrechts gebunden sind, ist eine in der Dogmatik des Menschenrechtsschutzes selten debattierte, von den Autoren aber zu Recht thematisierte, Fragestellung. Dass die Anwendung von Kriegsvölkerrecht für die Auseinandersetzung mit den Piraten, anders als vom Sicherheitsrat angedeutet, nicht in Betracht kommt, wird überzeugend dargestellt. Ausführlich debattiert wird, ob bereits im Falle einer Verfolgungsjagd das Jurisdiktionskriterium des Art. 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und des Art. 2 I des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte erfüllt ist. Die Autoren arbeiten dabei die Kernfrage heraus, ob die Kontrollmöglichkeit eines Schiffes der Marine eher vergleichbar mit der Kontrolle eines Flugzeugs (im Sinne der *Banković*-Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte) ist oder ob Aktivitäten auf dem Wasser eher solchen auf dem Festland entsprechen. Angesichts der Flexibilität der handelnden Marineeinheit plädieren die Autoren mit guten Gründen für eine mit dem Festland vergleichbare „effektive Kontrolle“ und kommen daher zur Anwendung der EMRK und, womöglich bedeutender, grundsätzlich zur gerichtlichen Überprüfbarkeit. Komplexer wird die rechtliche Situation zusätzlich aufgrund des Zusammenwirkens verschiedener Staaten und internationaler Organisation. Ebenso komplex ist die Thematik der strafrechtlichen Sanktionierbarkeit von Piraterie und Raubüberfällen auf See. Angesichts der Tatsache, dass die Entsendestaaten der Marineeinheiten nur in Ausnahmefällen geneigt sind, selbst Strafverfolgungsmaß-

nahmen durchzuführen und Transfers in Staaten der Regionen vorziehen, werden auch hier menschenrechtliche Restriktionen ausführlich debattiert. Zunächst aber rechnet die Arbeit mit einem Mythos ab: Piraterie ist, juristisch gesehen, kein internationales Verbrechen. So definiert das SRÜ in Art. 101 zwar Piraterie, erhebt es aber nicht zu einer strafrechtlichen Verbotsnorm. Es erlaubt Staaten gleichwohl die Strafverfolgung, wenn sie Straftatbestände nach nationalem Recht erlassen haben, die mit Art. 101 konform sind. Eine Bestrafungsbefugnis enthalten dagegen das Übereinkommen zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Seeschifffahrt und die Internationale Konvention gegen Geiselnahme, sofern die Tat in den Hoheitsgewässern des strafenden Staats, gegen Schiffe unter dessen Flagge oder gegen Besatzungsmitglieder mit dessen Staatsangehörigkeit begangen wurde. Aufgrund der Praxis des Ausflaggens von Schiffen sind diese Strafverfolgungsbefugnisse, die sich sowohl auf Piraterie als auch auf Raubüberfälle auf See beziehen, eher selten einschlägig.

Abschließend geht die Arbeit auf die Praxis der regionalen Strafverfolgung ein, da, wie überzeugend hervorgehoben wird, internationale Strafverfolgungsbemühung mangels Kompetenz (mögliches *Ad-Hoc*-Tribunal per SR-Resolution), Schweregrad der Taten (Erweiterung der Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs) oder Vereinbarkeit mit bereits etablierten Strukturen (Erweiterung der Zuständigkeit des Seegerichtshofs) als perspektivlos erscheinen müssen. Bedenkt man, dass momentan die große Mehrheit der Verfahren in den somalischen Regionen Puntland und Somaliland, Kenia, Jemen und den Seychellen durchgeführt werden und mutmaßliche Piraten auch dorthin transferiert werden, so bilden die Ausführungen zur Gewährung von fairen Verfahren, menschlichen Haftbedingungen und möglicherweise drohenden Todesstrafen einen relevanten Abschluss der Arbeit. Exemplifiziert wird die Problemstellung anhand des Transferabkommens der EU mit Kenia, das auf ein formalisiertes Verfahren verzichtet und dem zu transferierenden mutmaßlichen Piraten keine Anhörung, keinen Rechtsbeistand und keine unabhängige Überprüfung garantiert, die die

Einhaltung des menschenrechtlichen *non-refoulement* gewährleisten könnte. Dem stehen zwar diplomatische Zusicherungen seitens der Aufnahmeländer, Unterstützung und Überwachung des Justizwesens durch die UN und die Hoffnung des Aufbaus von Kapazitäten entgegen. Die Gewährung einer gerichtlichen Überprüfung droht im Übrigen durch den Abschluss von sogenannten *Shiprider Agreements* umgangen zu werden. So unterstreichen die Autoren die Neuartigkeit der modernen Abkommen, in denen regionale Polizeieinheiten als *Shiprider* auf den Kriegsschiffen mitgenommen werden und die formal selbstständig die Festnahme mutmaßlicher Piraten vornehmen, so dass es einer menschenrechtlich problematischen Bestellung nicht bedarf.

Das Recht der internationalen Pirateriebekämpfung gleicht einem Flickenteppich. Der UN-Sicherheitsrat hat versucht, die Schwächen der verschiedenen Regelwerke für den konkreten Fall zumindest teilweise zu beheben. Dass ihm dies nicht komplett gelungen ist, verdeutlicht diese Arbeit. Sie zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass sie die Lücken im Normengewirr benennt und die Bedeutung des Menschenrechtsschutzes hervorhebt. Die Autoren zeigen zudem auf, wie bestimmte Schwachpunkte in Theorie und Praxis umgangen werden können. Trotz der notwendigerweise technischen Natur vieler Ausführungen vermittelt das Buch einen guten Überblick über das komplexe Zusammenspiel von See-, Friedenssicherungs-, Straf- und Menschenrecht und ist daher zur Lektüre zu empfehlen.

Mayeul Hiéramente

Dirk Lange/Gerhard Himmelmann (Hrsg.), Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung, Wiesbaden (VS, Verlag für Sozialwissenschaften), 2010.

Dirk Lange und Gerhard Himmelmann komplettieren mit dem Sammelband „*Demokratiedidaktik*“ eine Reihe zur Politischen Bildung, in der bereits zwei Bände zur „*Demokratiekompetenz*“ (2005) und zum „*Demokratiebewusstsein*“ (2007) erschienen sind. In dem dritten Band widmen sich die Autoren nun der Frage „*Wie lernt man Demokratie?*“ Sie konzentrieren sich auf das Problem, in-

wiefern die in den letzten Jahren viel diskutierten Konzepte der Demokratiepädagogik, Demokratiedidaktik und des Demokratielernens Impulse für die Politische Bildung geben können. Insgesamt 24 Beiträge sorgen für eine breit gefächerte Diskussion mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und kontroversen Meinungen.

Im ersten von drei Abschnitten des Buches liefern u.a. Gerhard Himmelmann und Wolfgang Beutel Anstöße, Brückenschläge und Erweiterungen für die Politische Bildung. Aber auch diejenigen, die Demokratie als Konzept bei den Lernenden als gegeben voraussetzen, finden in diesem Teil mit dem Beitrag Werner J. Patzelt Gehör. Die Beiträge des zweiten Abschnitts nehmen das Thema „*Demokratiekompetenz*“ noch einmal auf und stellen so eine Verbindung zum zweiten Band her. Im dritten Abschnitt bieten Tilman Grammes und Andreas Petrik „*didaktische Konkretionen*“ an, die Demokratielernen facettenreich veranschaulichen. Abschließend wird die Debatte um die Demokratiedidaktik um einen internationalen Impuls erweitert, Beiträge von Henry Milner und Murray Print beleuchten das Konzept der „*Democratic Citizenship Education*“ aus verschiedenen Perspektiven.

In seinem Aufsatz „*Brückenschlag zwischen Demokratiepädagogik, Demokratie-Lernen und Politischer Bildung*“ versucht Gerhard Himmelmann die Wogen eines konzeptionellen Streits zu glätten, der seit etwa zehn Jahren die Politikdidaktik beherrscht. Es geht dabei vor allem um die konzeptionell-didaktische Auseinandersetzung zwischen klassischer Politikdidaktik und neuer Demokratiedidaktik. Himmelmann möchte demokratiepädagogische Konzepte als Ergänzung der politischen Bildung verstanden wissen. Politische Bildung wiederum sollte seiner Meinung nach eher „*demokratisch-politische Bildung*“ genannt werden. Der Versuch der Schlichtung gelingt allerdings nur in Teilen, denn viel zu stark wirbt Himmelmann für bildungspolitische Initiativen, die auf der didaktischen Erkenntnis beruhen, dass Demokratie eine Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform ist, die auf all ihren Ebenen praktisch erfahrbar sein muss, damit sie gelernt und schließlich überzeugt gelebt werden kann. Immer wieder hebt er den

fortschrittlichen Charakter solcher Initiativen und Programme, der sich etwa in zivilgesellschaftlicher Ausrichtung, stärkerer Vernetzung schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit oder der Vertiefung demokratischer Schulentwicklung ausdrückt, hervor. Der Aufsatz zeigt deutlich, dass diese Konzepte in Deutschland sich gegenüber gegenläufigen Entwicklungen behaupten müssen. So steht es hinsichtlich der Rahmenbedingungen des Unterrichtsfachs nicht gerade zum Besten: 22 unterschiedliche Bezeichnungen je nach Bundesland und Schulform deuten auf eine Beliebigkeit bei seiner Ausrichtung. Die Zusammenlegung von Fächern bei gleichzeitiger Stundenreduzierung zeigt zugleich, dass die Dringlichkeit demokratisch-politischer Bildung nicht allorts gesehen wird. Und dennoch plädiert Himmelmann dafür, jenseits von einem vermeintlichen Gegensatz zwischen politischer Bildung und Demokratiepädagogik die Gemeinsamkeiten in den Blick zu nehmen, da die Herausforderungen für demokratisch-politische Bildung unübersehbar sind: So muss sie heute anerkennen, dass gerade die „Desinteressierten“ an der Demokratie für diese Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform gewonnen werden müssen – und dazu braucht es eben auch neue Wege.

Der Hamburger Sozialwissenschaftsdidaktiker Tilman Grammes skizziert in seinem Beitrag „Anforderungen an eine Didaktik der Demokratie“ anhand des Fallbeispiels „Übung in demokratiedidaktischem Denken“. Für angehende wie für gestandene Politik- und Gesellschaftslehrerinnen und -lehrer zeigt das Beispiel noch einmal die Schwierigkeiten, aber auch die Faszination der Projektmethode im sozialwissenschaftlichen Unterricht auf. Der Fall „Kastanie“ aus dem Jahr 1995, bei dem eine Schulgemeinschaft in Weimar gegen das Fällen einer alten Kastanie auf einem Schulnachbargrundstück politisch aktiv wurde, ist inzwischen in der Fachdidaktik ein Referenzprojekt geworden, an dem sich mit ganz unterschiedlicher Interpretation abgearbeitet wird. So zeigt Grammes eindrücklich, dass das Beispiel „Kastanie“ alles andere als ein chaotischer Fall ist, sondern sich in ihm die legislativen und exekutiven Modi der demokratischen Konfliktaustragung exemplarisch wiederfinden las-

sen. Der Fall fasziniert Grammes wohl auch deshalb, weil hier ein besonderer Schwerpunkt auf dem exekutiven Modus liegt – die Schüler protestieren gegen das Fällen der Kastanie mit einer Straßenblockade, sie pflanzen neue Bäume, sie schaffen Öffentlichkeit, sammeln Spenden, suchen Verbündete im Stadtparlament. Grammes zeigt hiermit zugleich ein bis dato bestehendes Defizit der Demokratiepädagogik auf. Während sich in der Bezugsdisziplin Politikwissenschaft eine Schwerpunktverschiebung von der Parlamentarismusforschung hin zur Governance-Forschung vollzogen hat, konzentriert sich die Politikdidaktik weiterhin stark auf den legislativen Modus: Debatte und Beschluss stehen im Fokus. Grammes wirbt für die Ausdifferenzierung einer Exekutivdidaktik wie auch für eine Rückbesinnung der Didaktik an sich. So will er die Demokratiedidaktik als eine „Vermittlungswissenschaft“ verstanden wissen, die kein „Aufhübschen“ (S. 215) von trockenem Stoff nötig hat, sondern ihr ureigenes Potenzial entfaltet: Die Sache selbst hat Methode. In jeder Sachmethode und in jedem Gegenstand der Demokratiepädagogik ist zugleich auch die Lernmethode angelegt.

Der Sammelband „Demokratiedidaktik“ findet seine Leser im Kreis derjenigen, denen die Didaktik der sozialwissenschaftlichen Fächer in theoretischer und praktischer Form zum beruflichen Alltag geworden ist. Für sie ist der Band ein ausgezeichnete Überblick über die neueren Entwicklungen und Kontroversen der Demokratiepädagogik.

Jule Gotthardt

Gewaltfreiheit



Gütekraft

Ein Wirkungsmodell aktiver Gewaltfreiheit nach Hildegard Goss-Mayr, Mohandas K. Gandhi und Bart de Ligt

Mit einem Geleitwort von Johan Galtung

Von Martin Arnold

2011, 284 S., brosch., 19,- €

ISBN 978-3-8329-6975-2

Erscheint ca. November 2011

nomos-shop.de/14083

Das Gütekraft-Modell beschreibt den allgemein-menschlichen Kern erfolgreicher Ansätze zur gewaltfreien Lösung von Unrechts- und Gewaltsituationen, von der persönlichen Ebene bis zu globalen Konflikten. Es basiert auf den Wirkungsvorstellungen der Konzepte der Christin Hildegard Goss-Mayr, des Hindus Mohandas K. Gandhi und des Atheisten Bart de Ligt.



Nomos

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de